

Wie sich aber dieser „andre Weg“ gestaltet, erhellt aus der Tatsache, daß die liberale Regierung für den Monat Juli eine Reichsverteidigungskonferenz einberufen und außerdem die in der vorigen Woche versammelte Reichspressekonferenz benutzt hat, um eine große Stimmungsmache für Militarismus und Marinismus zu inszenieren. Von eigentlichen Presseangelegenheiten, zu deren Erledigung die Delegierten aus allen Enden des britischen Reichs sich versammelt hatten, war kaum die Rede. Dafür wurden sie aber Tag für Tag durch die bedeutendsten „Staatsmänner“ beider Lager, liberale wie konservative, mit großen Reden über die folgenschwere internationale Situation — gemeint waren natürlich die englisch-deutschen Beziehungen — und über die dringende Notwendigkeit, für alle Teile des Reichs einen gemeinsamen Plan der Verteidigung auszuarbeiten und durchzuführen, regaliert. Dieser Plan wurde nicht näher angedeutet, er wird erst der Verteidigungskonferenz unterbreitet werden; allein was die liberale Regierung anstrebt, wurde erreicht — es ist unter den Delegierten eine militäristische Stimmung geschaffen worden, die bei der Ausarbeitung und Durchführung der Bestimmungen der Verteidigungskonferenz von höchstem Nutzen sein wird. Das ist die „geistige“ Grundlage, auf der die Liberalen ihren freihändlerischen Imperialismus aufzubauen suchen. Die Anhänger Chamberlains wagten bisher nur von einem wirtschaftlichen Verbands mit den Kolonien zu träumen, die Liberalen aber treten für einen militäristischen Bund ein! Weder England selbst, meinen sie, noch die Kolonien können mehr als selbständige Staaten ihre Existenz behaupten — sie müssen sich verbünden und ihren partikularistischen Patriotismus aufgeben.

So marschiert der britische Imperialismus immer näher zum Siege. Aber je schneller er marschiert, um so entschiedener werden die proletarischen Massen in die Opposition getrieben. Ihr Klassenbewußtsein war bisher vom Liberalismus eingeschläfert. Mit dem Verschwinden des letzteren wird auch das erstere immer mehr erwachen.

Reichstag.

288. Sitzung, Montag, den 21. Juni, 2 Uhr nachmittags.
Am Bundesratsitz: Sydow, Delbrück, v. Schön, v. Bethmann-Hollweg.

Vorlesung der zweiten Lesung des Finanzgesetzes, beginnend beim Artikel 2, Besteuerung der Wertpapiere.

Abg. Dr. Roefide (kons.): Die Gründe gegen die Erbschaftsteuer sind schon genügend dargelegt. Wir begünstigen uns aber nicht, wie die Linke, mit bloßer Negation, sondern haben eine den Besitz wirklich treffende Steuer, die Kotierungssteuer, vorgeschlagen. (Sehr richtig! rechts.) Bisher ist das immobile Vermögen gegenüber dem mobilen Kapital überlastet. Daß die Kotierungssteuer ausführbar ist, beweist das Beispiel Frankreichs. Auch wir wünschen eine starke Börse, aber die Besteuerung des Kapitals in den großen Kapitalassoziationen ist ein gesunder sozialer Gedanke. Niemand hat den Beweis führen können, daß die französische Kotierungssteuer das Kapital aus Frankreich vertrieben hat. Wir erkennen den Ernst der Lage durchaus. Die Wohnungen des Herrn v. Rheinbaben werden von uns durchaus nicht abgelehnt. Wir führen keinen Kampf um die politische Macht. (nach links.) Der Herr Reichskanzler will nicht Geschäftsführer der Konservativen sein. Das ist selbstverständlich, aber will er es verantworten, der Führer der Liberalen? (nach links.) (Sehr richtig! rechts.)

Reichsfinanzsekretär Sydow: Es ist darauf hingewiesen, die Regierungen hätten 1893 eine Kotierungssteuer vorgeschlagen. Das trifft nicht zu.

Abg. Raempf (freis. Sp.): Herr Roefide will das mobile Kapital mehr belasten, er vergißt wohl, daß es von der Erbschaftsteuer mehr getroffen wird als das immobile. (Sehr richtig! links.) Meine politischen Freunde werden den Widerstand gegen die Kotierungssteuer nicht aufgeben. Dem Wunsche des Grafen v. Belpart, Verbesserungsvorschläge dazu zu machen, können wir nicht nachkommen. Wir werden die Verantwortung für dieses schädliche Gesetz der Rechten und dem Zentrum übertragen. Wenn der Abg. Dr. Roefide sich heute als Freund der Börse bekannte, so ist das wohl so zu verstehen, daß die Wertpapierbesitzer, wenn die Kotierungssteuer Gesetz wird, sich nachher der Erholung hingeben können. (Weiterkeit bei den Liberalen.) Die Kotierungssteuer trifft nicht in erster Linie die Börse, sondern jeden, der Wertpapiere hat. Das Vermögen in Wertpapieren wird auf 70 bis 100 Milliarden geschätzt. Die Großbanken und das, was man Börse nennt, besitzen davon nur 5 Prozent.

Die großen Gesellschaften werden die Steuer abwägen und die Zinsen der umlaufenden Wertpapiere werden heruntergehen. Ein Mann, der eine jährliche Rente von 800 Mark an Pfandbriefzinsen bezogen hat, wird 20 Mark davon an das Reich zu zahlen haben. Aber der Millionär, der es sich leisten konnte, sein Vermögen in preussischen Konfols anzulegen, geht frei aus. Und das nennen Sie eine Besteuerung! Mit den Konvertierungen der Staatspapiere in den 80er und 90er Jahren ist die Nachfrage nach weniger guten Werten gestiegen und das Publikum in die Spekulation hineingedrängt worden. Die Kotierungssteuer wird ebenfalls diese volkswirtschaftlich bedauerliche Folge haben. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Sie wird die Spekulation nicht eindämmen, sondern fördern. (Bravo! links.)

Abg. Müller-Fulda (Zentr.): Herr Raempf hat darauf hingewiesen, daß 70 bis 100 Milliarden Papiere an der Börse zugelassen sind. Daraus ergibt sich, einen wie großen Teil des Nationalvermögens die Kotierungssteuer treffen wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie soll nicht das Kapital an der Börse unterdrücken, sondern, indem sie es belastet, einen gerechten Ausgleich schaffen gegenüber der Belastung des im Gewerbe und in der Landwirtschaft tätigen Kapitals. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften wird durch diese mäßige Steuer nicht behindert.

Es ist durchaus nicht wahr, daß die ganze deutsche Handelswelt und Kaufmannschaft gegen die Kotierungssteuer Stellung nehme. Allerdings in der bekannten Versammlung im Zirkus Schumann hat man abweichende Meinungen nicht zum Wort kommen lassen. Herr Kirdorf ließ man nicht ausreden. (Lauter Widerspruch bei den Liberalen; Anse: Adolf Wagner! Adolf Wagner! Anse rechts: Ruhe! Ruhe! Unruhe im ganzen Hause.) Die Herren vom Hansabund wollen erst nach dem Tode bezahlen. Wir aber wollen sie schon bei Lebzeiten besteuern. (Lärmender Beifall im Zentr. und rechts; lautes Lachen links.) Die Stempelsteuervorlage der Regierung ist nur ein Versuch, die Kosten von den tragfähigen Schultern der Großbanken auf schwächere abzuwälzen. Die Finanzminister waren auf ihrer Konferenz über die Resolutions der Finanzkommission nicht einmal genügend informiert. (Hört, hört! rechts.)

Eine Finanzreform ohne genügende Heranziehung der Börse ist unmöglich. Das wäre eine Verbeugung vor der Börse. (Lautes Bravo! rechts.) Warum sollen die tragfähigen Schultern frei gelassen werden? (Lauter Anse links: Großgrundbesitz!) Die Kotierungssteuer ist die gerechteste aller Steuern. (Lauter Beifall rechts und im Zentr.)

Reichsfinanzsekretär Sydow bekräftigt, daß die Finanzminister nicht richtig informiert waren.
Reichsbankpräsident Hovenstein verbreitet sich über die Schädlichkeit der Kotierungssteuer. Eine Folge davon sei ein Niedergang des Zinsfußes und parallel damit ein sinkender Kurs. An den 20 Milliarden Kommunalpapieren werden 500 bis 600 Millionen verloren werden, im ganzen würde eine Vermögensschädigung von über 2 Milliarden eintreten. (Hört, hört! bei den Liberalen. Widerspruch rechts und im Zentr.) Die Nachstellung Englands in der Welt ist wesentlich unterstützt durch die Nachstellung der Londoner Börse, die durch die englische Gesetzgebung gefördert wird. Zum Teil ist dieser Erfolg Londons auf Kosten der deutschen Börse erzielt, wozu die deutsche Wertpapiergesetzgebung mit beitrug. In dieser Richtung würde die Kotierungssteuer weiter wirken. Ich bitte dringend, sie abzulehnen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Brand (Soz.): Was die Meinung meiner Freunde über die Kotierungssteuer anbelangt, so sind wir der gleichen Ansicht wie zurzeit die Regierung. (Weiterkeit im Zentr.) Die Ausführungen der Herren von der Rechten verlieren an Ueberzeugungskraft und Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß die gleichen Parteien, die einen Teil des Vermögens angeblich belasten wollen, sich einer allgemeinen Besitzsteuer, der Erbschaft- und der Vermögenssteuer, widersetzen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Das einzige, was uns für die Steuer stimmen könnte, aber nicht stimmt, war der große Eifer, mit dem die Herren im Zirkus Schumann sich gegen diese Kotierungssteuer gewendet haben, und ihre gleichzeitige Gleichgültigkeit gegen die Belastung der großen Massen mit Konsumsteuern. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie uns wirklich eine Steuer bringen, von welcher die großen Massen tatsächlich betroffen werden, so finden Sie uns bereit, mitzumachen. Von der Steuer, die Sie uns präsentieren, haben wir diese Ueberzeugung nicht. Allerdings wissen wir nach der letzten Geschäftsordnungsdebatte, daß die Mehrheit alles machen kann, nur nicht, wie das englische Sprichwort sagt, aus einem Mann eine Frau. (Weiterkeit.) Aber wenn wir von Ihnen die Versicherung hören, durch diese Steuer würden Börsen und Banken getroffen und große Gesellschaften belastet, so ist daran doch nur richtig, daß die Steuer bei diesen Adressen zunächst ihren Einzug hält. Dadurch entsteht noch keine Besteuerung. Tröste Sie so, so wären ja auch die Getreidezölle eine Besteuerung, denn der Zoll wird zunächst auch bei den reichen Getreideimporturen erhoben. (Sehr gut! links.)

Daß Börsen und Banken nur Durchgangsstationen für die Wertpapiere sind, wissen die Herren von der Rechten auch. Sie sind überhaupt viel geschickter, als sie sich stellen. (Weiterkeit.)

Es ist merkwürdig, daß gerade die Agrarier sich darauf berufen, ein Teil des Vermögens entzöge sich der Besteuerung. Das ist die Taktik des Tintenfisches, der seine Umgebung verbunkelt, um selber Verfolgungen zu entgehen. (Weiterkeit.) Nach unserer Ueberzeugung und nach der Meinung des größten Teils der Bevölkerung wird tatsächlich der Großgrundbesitz von den Steuerbehörden gespart. Die für die Einschätzung verantwortlichen Stellen sehen eben, daß seit Jahrzehnten die deutsche Gesetzgebung auf den sogenannten Schutz der Landwirtschaft zugeschnitten ist. Was liegt näher, als daß selbst ein gewissenhafter Beamter sich sagt: Ich will bei der Einschätzung auch für den Schutz der Landwirtschaft sorgen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Rheinbaben hat gegenüber den Vorwürfen im Lande draußen hier gesagt: „Das betrifft die Selbstverwaltungsbehörden.“ Es ist ja bekannt, daß in Preußen die Behörde gegenüber der Selbstverwaltung machtlos ist. (Weiterkeit.) In demselben Preußen, in dem die größte Gemeinde nicht einmal eine Schulküche ohne Zustimmung der Regierung einem Arbeiterturnverein zur Verfügung stellen kann! (Sehr gut! bei den Soz.) Eine Selbstverwaltungsbehörde unter dem Vorhinein eines Landrats, das ist überhaupt keine Selbstverwaltungsbehörde. (Sehr gut! links.) Die ganze Selbstverwaltung in Preußen ist ein Puppentheater mit dem Herrn Landrat als Landratsgänger hinter der Kulisse. (Weiterkeit.)

Wir sind der Meinung, daß die Kotierungssteuer gerade einen Teil derjenigen Reute trifft, denen der Vorwurf der Steuerhinterziehung am wenigsten gemacht werden kann: einen Teil der Arbeiter. (Widerspruch rechts.) Durch die Belastung der Hypothekenspandbriefe wird die Bautätigkeit erschwert und verwehrt. (Lebhafte Zustimmung links.) Nun wissen Sie doch, wie schwer das Baugewerbe seit einigen Jahren dandierliegt. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal in die Wohnung eines Arbeiters hineingesehen haben, der monatelang keine Beschäftigung hatte. Ich habe in Mauerwohnungen hineingeschaut, wo der Hausvater schon das zweite Jahr nicht beschäftigt war. Wenn Sie nun sehen, daß die Bautätigkeit jetzt leise wieder einsetzt, so sollten Sie sich hüten, den allergeringsten Versuch zu machen, ihr Steine in den Weg zu werfen. Wir meinen, wenn (soviel hier von Familienstimme gesprochen wird, so haben auch die Familien der Arbeiter Berücksichtigung zu verlangen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Bezeichnend ist es, daß Sie zwar Hypothekenspandbriefe treffen, aber die einfachen Hypotheken, die einem ähnlichen wirtschaftlichen Zwecke dienen, freilassen wollen. Das ist symptomatisch. Sie wollen nicht den Verkauf als solchen treffen, sondern das Verlehen und Kreditwesen, das belästigen Sie. Es ist immer dieselbe Melodie: Einmal Fahrkartensteuer, dann Schiffsahrtabgaben, jetzt Kotierungssteuer. Es ist Ihre Feindschaft gegen die moderne Entwicklung des Verkehrs und Kreditwesens. (Lebhafte Zustimmung links.) Was aber für die Herren vom Zirkus Schumann eine Prostitution ist, das ist für die Arbeiterschaft eine Lebensfrage. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir sind ferner der Meinung, daß die friedliche Besetzung auswärtiger Märkte für die Entwicklung Deutschlands notwendig ist. Eine chinesische Eisenbahnlinie kommt und billiger zu stehen als ein chinesischer Krieg. Diese Steuer aber verhindert und erschwert die wirtschaftliche Annäherung der Nationen. Was nicht es, wenn die Souveräne von Zeit zu Zeit sich umarmen und auf beide Wangen küssen und wenn sie dann zu Hause Gesetze unterschreiben, welche wirtschaftlichen Unfrieden säen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands verlangt die Ablehnung der Kotierungssteuer. — Wir sind längst nicht mehr im Begriff, ein Industriestaat zu werden, sondern wir sind längst ein Industriestaat geworden; aber die 32 Prozent unserer Bevölkerung, die der Landwirtschaft angehören, herrschen immer noch auf Grund rücksichtloser Einrichtungen über die andern zwei Drittel. Sie (nach rechts) haben hier im Hause nur deshalb das Uebergewicht, weil Sie es bisher verstanden haben, die ungerichte, mit der Verfassung im Widerspruch stehende Wahlkreiserteilung aufrechtzuerhalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das ist der moralische Akt, auf dem Sie sitzen, hoffentlich nicht für alle Ewigkeit. Und wenn es wahr ist, daß dochmal vor dem Fall kommt, dann sind wir überzeugt, daß der Sturz der agrarischen Herrschaft in Deutschland nicht mehr weit ist. (Lebhafter Beifall links.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 2 Uhr. (Vorher Rechnungsachen und ein Nachtragset.)

Soziale Rundschau.

gl. Verbrennen am Zimmerofen — ein Betriebsunfall. Eine wichtige Unfallsache wurde in Nürnberg durchgefochten. Ein Arbeiter eines Bronzewerks bei Nürnberg hatte sich am Zimmerofen in der Fabrik wärmen wollen, wobei seine Kleider in Brand gerieten und er erhebliche Verbrennungen am Rücken und an den Armen erlitt, die seine Arbeitsfähigkeit bedeutend einschränkten. Die Gel- und Umedmetall-Versicherungsgesellschaft hatte den Rentenanspruch abgelehnt, weil der Arbeiter sich die Brandwunden während der Feiernause, aus eigenem Verschulden

zugezogen habe, die Verbrennung sei also nicht durch die Gefahren des Betriebes verursacht. Das Schiedsgericht verurteilte jedoch die Versicherungsgesellschaft zur Zahlung einer Rente von 20 Prozent; es liege tatsächlich ein Betriebsunfall vor, weil der Arbeiter gezwungen gewesen sei, sich während der Pause in der Fabrik aufzuhalten und Unterkunft zu suchen. Daß er bei der herrschenden Kälte sich in unmittelbarer Nähe des Ofens begab, sei nicht weiter auffallend. Beim Feuerfangen der Kleider habe eine bedeutende Rolle der Umstand gespielt, daß die Kleider des Verletzten mit Bronzeaufbau, Öl- und andern Fettstoffen getränkt und dadurch der Gefahr des Feuerfangens in erhöhtem Maße ausgesetzt waren. Hiergegen ergriff die Versicherungsgesellschaft Refurs zum Reichsversicherungsamt. Erst jetzt stellte sich heraus, daß der Arbeiter vorher damit beschäftigt wurde, vom Wassereinsatz des Wertes des Eis zu entfernen, wobei seine Kleider und Schuhe völlig durchnäßt wurden, so daß er gezwungen war, seine Kleider zu trocknen, ehe er wieder an die Bronzestampe zu seiner gewöhnlichen Arbeit zurückkehren konnte. Das geschah während der Arbeitszeit. Das Reichsversicherungsamt erklärte es für glaubhaft, daß die Kleider und Schuhe bei dieser Arbeit durchnäßt wurden und daß sich der Verletzte zum Zwecke des Trocknens in unmittelbarer Nähe des Ofens begab. Das sei überwiegend im Interesse des Betriebes geschehen, denn der Verletzte hätte in erkranktem durchnäßigtem Zustande seine Arbeit nicht ordnungsgemäß ausführen können. Die Verbrennung sei örtlich, zeitlich und sachlich mit dem Betriebe in Zusammenhang zu bringen und daher als Betriebsunfall anzuerkennen.

Eine Arbeiterbäckerei in Wien. Während der Erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein schon seit vielen Jahren eine eigene Bäckerei besitzt, hat nun die Wiener Parteiorganisation in Verbindung mit dem großen Konsumverein Vorwärts in Schwedat bei Wien die Hammerbrot-Werke errichtet, die größte Bäckerei Oesterreichs und mit eigener Dampfmühle versehen. Am Sonntag fand die feierliche Eröffnung statt. Das Unternehmen bedient sich ausschließlich der Maschinenarbeit statt der so unhygienischen Handarbeit. Die Bäckerei, die unter der Firma Skaret, Panusch u. Komp. geht, ist auf eine Tageserzeugung von 75000 Kilogramm Brot eingerichtet.

Wohnungsnot in München. Die Not an kleinen Wohnungen wird in München immer größer. Die dortige Tagespresse bringt fast täglich Mitteilungen, nach denen Handwerker- und Tagelöhnerfamilien kein Obdach finden können oder bereits gemietete Wohnungen wegen der Kinder oder aus anderen Gründen sofort wieder gekündigt bekommen. An allerlei Projekten zur Beseitigung dieses Zustandes ist zwar kein Mangel, aber bis sie ausgeführt sind, wird noch viel Zeit vergehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Saison.

Die Ferienzeit beginnt wieder. Hunderttausende, Kinder wie Erwachsene, freuen sich ihrer, und wessen Geldbeutel es verträgt, kehrt der Stadt den Rücken. Der größte Teil der Bevölkerung ist allerdings an die glühenden Mauermaffen der Städte gefesselt, denn gering ist noch die Zahl der Arbeitenden, die sich jährlicher Ferien erfreuen, oder ihre Ferien außerhalb zubringen können. Dafür reist die „bessere Gesellschaft“ um so mehr; an der See, im Gebirge muß sie sich von den Strapazen der Theater- und Ballsaal des Winters erholen, die im Vergnügen erschlafenen Nerven zu neuem Vergnügen stärken.

Neben diesen Drophen ziehen aber auch Zehntausende aus andern Bevölkerungsschichten in die Kurorte aller Art, aber nicht zu ihrem Vergnügen, sondern um zu arbeiten; sehr schwer zu arbeiten. Hierzu gehört vor allem das Bedienungspersonal der Hotels, Restaurants usw., Kellner, Köche, Hausdiener, Zimmermädchen usw. Viele von diesen Proletariern haben einen trübigen Winter hinter sich. Oft waren sie monatelang stellunglos und hoffen nun, in einer „guten Saison“ ihre heruntergekommenen Finanzen wieder etwas aufzubessern. Etwas über Stellung erhalten, müssen sie dem Stellenvermittler 10, 20, ja sogar 50 Mk. bezahlen. Um das zu ermöglichen, wird oft die letzte Habe verpfändet, das Reisegeld wird gepumpt und nun geht's ins Bad — vierter Wille natürlich.

Wer aber glaubt, daß von den Glückseligkeiten, die an diesen Stätten der Erholung, der Luft und der Freude herrschen, auch ein Schein auf die Angestellten fällt, der irrt sich stark. Die Saison dauert gewöhnlich höchstens drei Monate, und obwohl die Angestellten hier in der Regel einen 18 stündigen Arbeitstag haben, gibt es auch hier für das Bedienungspersonal in der Regel keinen Lohn. Die Verpflegung ist meist miserabel; als Logis werden die elendesten Räume gerade gut genug erachtet, da jedes Pfälchen gegen schweres Geld an die Gäste vermietet wird. Vielfach ködert man die Angestellten mit dem Versprechen, daß sie am Ende der Saison eine gute Gratifikation zu erwarten haben — wenn sie bis zum Schlusse aushalten. Das Ausschalten wird aber verflucht schwer gemacht und die Verträge und Hausordnungen sind derart, daß jeder, auch der gewissenhafteste Angestellte, darüber stolpern muß. So liegt es dann immer in den Händen des Prinzipals, die Entlassung zu verfügen, wenn er den Angestellten nicht mehr nötig hat. Die Hoffnung auf die „gute Saison“ hat dann wieder getäuscht.

Diese Mißstände zu beseitigen ist um so schwieriger, als die Gastwirtsgehilfen noch nicht über eine Organisation verfügen, die dazu stark genug wäre. Doch sucht der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, und zwar in jedem Jahr mit vermehrtem Erfolge, auch in den Badeorten Boden zu gewinnen und einem nach Hunderttausenden zählenden Proletariat zu besseren Lebensbedingungen zu verhelfen.

Leipzig und Umgebung.

Die Asphaltreue und Pappdeck Leipzig sind heute vor-mittag ausständig geworden. Schon im April hatten sie den Unternehmern einen Tarif unterbreitet, in dem die Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich, der Lohn für Vorarbeiter auf 65 Pfg., für sonstige Arbeiter auf 55 Pfg. und für Neueintretende auf 42 Pfg. für die Stunde festgelegt werden soll. Die Unternehmer verstanden es aber, die versprochenen Verhandlungen immer wieder zu verschleppen. Jetzt ist den Arbeitern der Gebuldsabende gerissen, denn das neuerliche Versprechen, am Mittwoch abend mit der Lohnkommission der Arbeiter zu verhandeln, schägen sie nicht höher als die früher gegebenen. Ausständig sind etwa 200 Mann.

Verband der Asphaltreue und Pappdeck Filiale Leipzig.

Maurerkreis in Würzen. Am Sonnabend beschloß eine sehr gut besuchte Maurerversammlung mit übergroßer Mehrheit, die Arbeit vom Montag an ruhen zu lassen, da die Unternehmer